

Pensionskassenreform: Ja zu einem hochwertigen öffentlichen Dienst, für einen starken Kanton

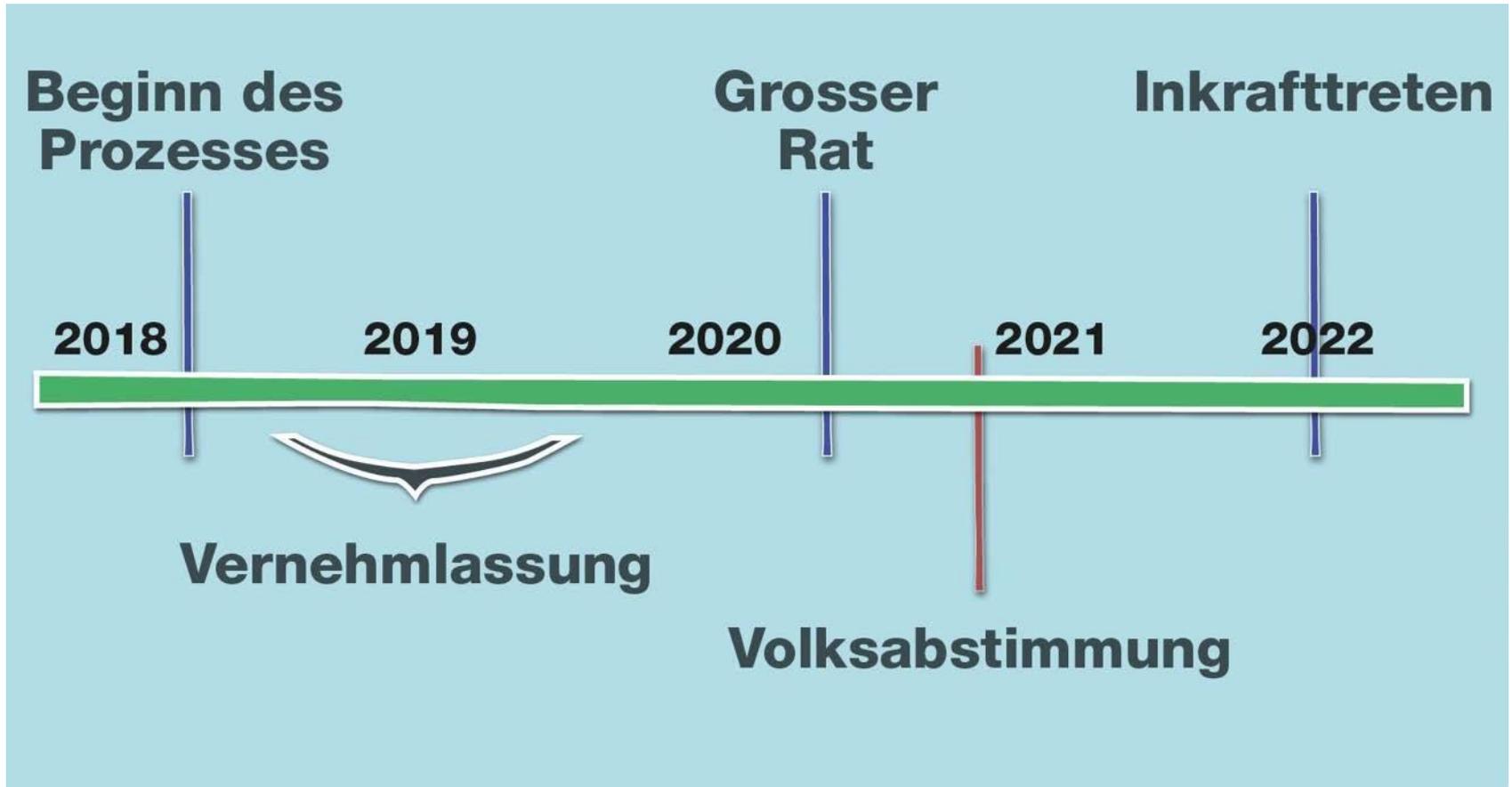
9. Oktober 2020



Inhalt

- Einleitung
- Die Reform ist notwendig
- Die Reform ist ausgewogen
- Die Reform ist finanziell tragbar
- Die Reform ist stärkt den öffentlichen Dienst
- Bei einem Nein zur Reform
- Fazit
- Fragen

Einleitung



Einleitung

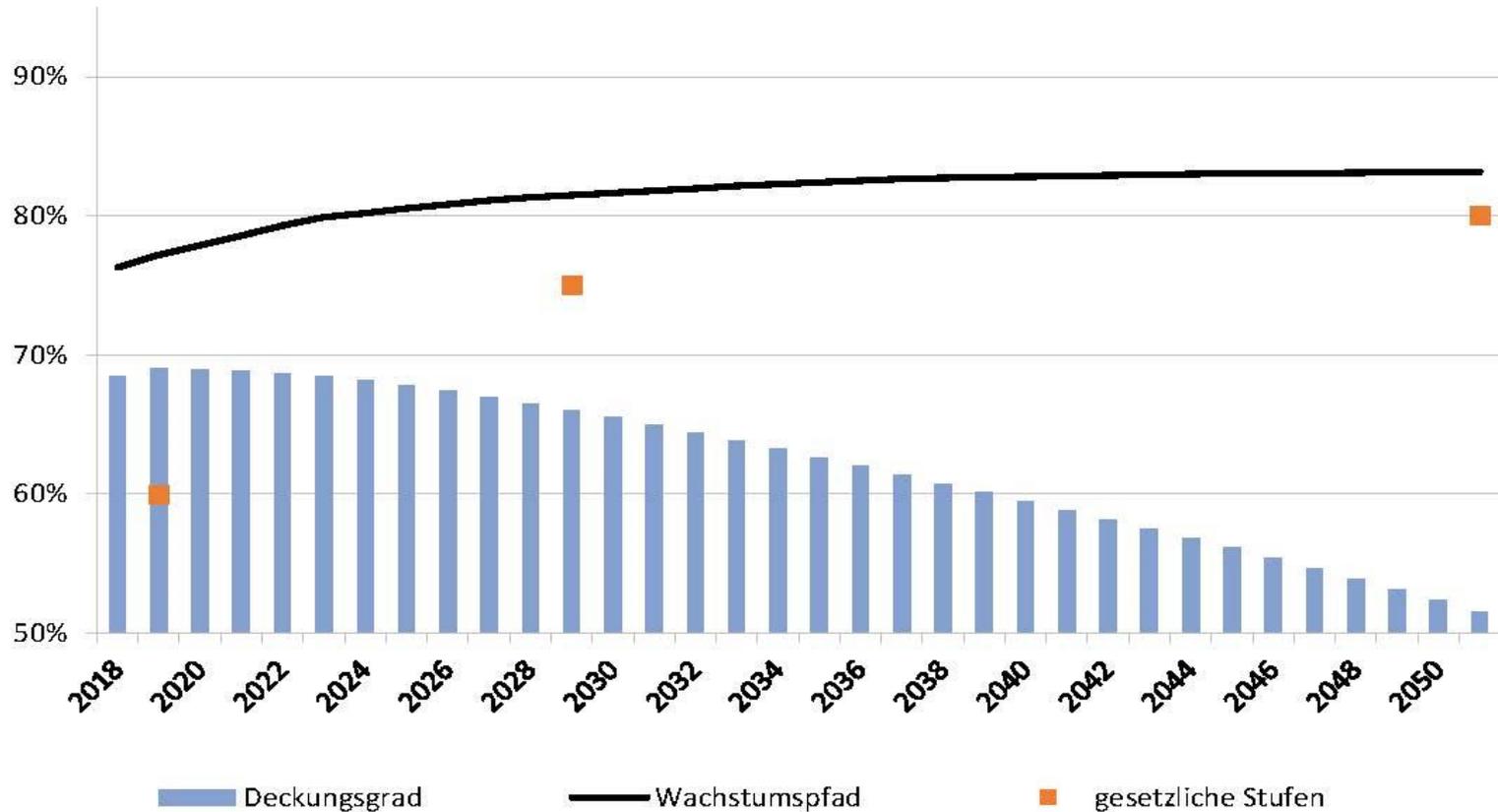
- > Am 26. Juni 2020 hat sich der Grosse Rat mit 93 Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen für die Vorlage ausgesprochen.
- > Obligatorisches Finanzreferendum
- > Kantonale Abstimmung: 29. November 2020

1. Die Reform ist notwendig



1. Die Reform ist notwendig

Gewährleisten des finanziellen Gleichgewichts



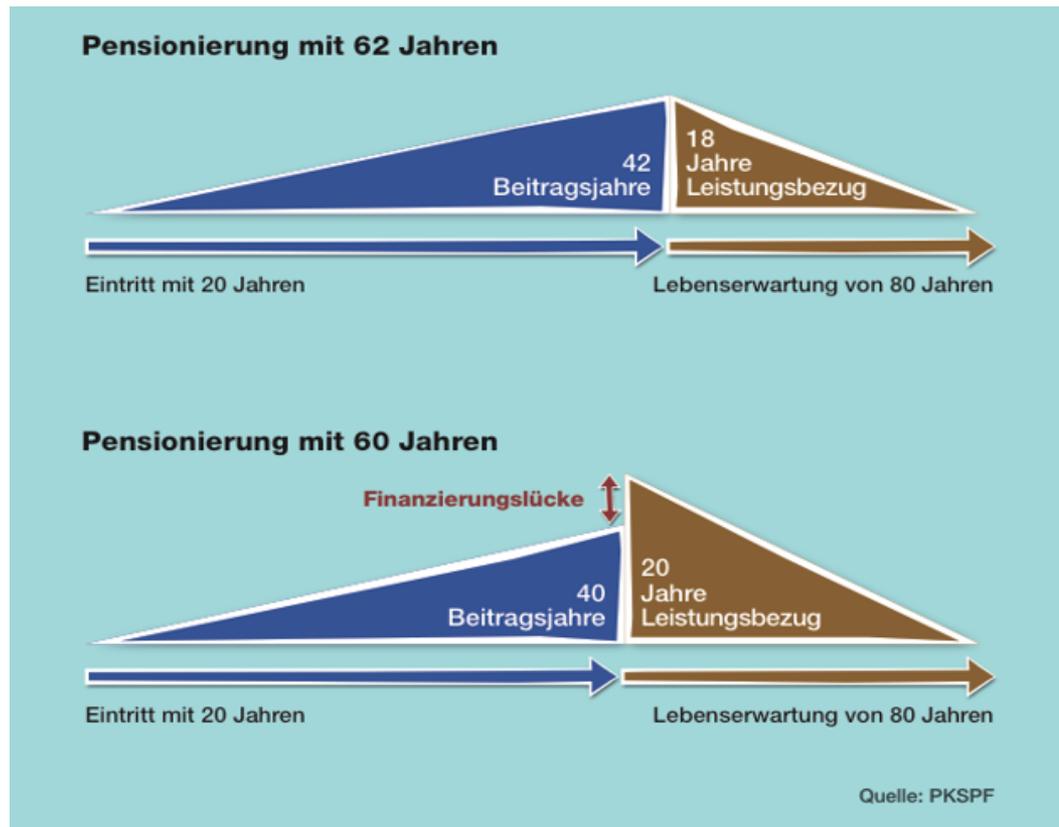
1. Die Reform ist notwendig

Erfüllen einer gesetzlichen Verpflichtung

- Nach dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) müssen öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, die im System der Teilkapitalisierung geführt werden, bis 2052 einen Deckungsgrad von mindestens 80 % ausweisen.

1. Die Reform ist notwendig

Mehr Fairness zwischen den Versicherten



1. Die Reform ist notwendig

Langfristig gesicherte Renten

- Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat ist notwendig.
- Mit diesem neuen System leisten die Versicherten direkt Beiträge für ihre eigene Pensionierung.
- Die Finanzierungsstruktur der Kasse wird so saniert.

2. Die Reform ist ausgewogen



2. Die Reform ist ausgewogen

Opfersymmetrie

Für das Personal

- Geringere Rentenerwartungen, kein garantierter Rentenbetrag mehr
- Keine Vorzugsbedingungen für eine vorzeitige Pensionierung mehr
- Paritätische Beitragserhöhung
- Geringeres Nettogehalt für Versicherte vor dem Pensionsalter aufgrund steigender Gutschriften

2. Die Reform ist ausgewogen

Opfersymmetrie

Für den Arbeitgeber

- Eine einmalige Ausgabe von 380 Millionen Franken zur Abfederung der zu erwartenden Renteneinbussen
- Eine paritätische Erhöhung der Beiträge für die berufliche Vorsorge

3. Die Reform ist finanziell tragbar



3. Die Reform ist finanziell tragbar

- Um seiner Verantwortung als Arbeitgeber gerecht zu werden, will der Staatsrat rund 330 Millionen Franken an die Übergangs- und Kompensationsmassnahmen zahlen.
- Die angeschlossenen Institutionen sollen für den restlichen Betrag aufkommen.

3. Die Reform ist finanziell tragbar

- Ziel der Massnahmen: Begrenzung der zu erwartenden Renteneinbussen auf 9,5% für die Versicherten, die bei Inkrafttreten der Reform 45-jährig und älter sind, bei Pensionierung mit 64, ausgehend von einer Verzinsung zu 2,5%.
- Massnahmen, die in Relation zu dem zu setzen sind, was dem Personal abverlangt wird.

3. Die Reform ist finanziell tragbar

- Dank der gesunden Kantonsfinanzen kann das Reformprojekt finanziert werden, ohne das Betriebsbudget zu belasten oder die Investitionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

4. Die Reform stärkt den öffentlichen Dienst



4. Die Reform stärkt den öffentlichen Dienst

- Die Qualität des Service public ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Kantons.
- Die Haushalte, Gemeinden und Unternehmen im Kanton Freiburg profitieren direkt von den Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Bildung, Justiz und Polizei sowie Unterhalt.

4. Die Reform stärkt den öffentlichen Dienst

- Damit diese Aufgaben auch weiterhin erfüllt und die Dienstleistungen verbessert werden können, muss der Staat Freiburg als Arbeitgeber attraktiv sein.
- Eine gesunde und im Vergleich mit anderen öffentlichen Kassen konkurrenzfähige Pensionskasse ist deshalb ein Muss.

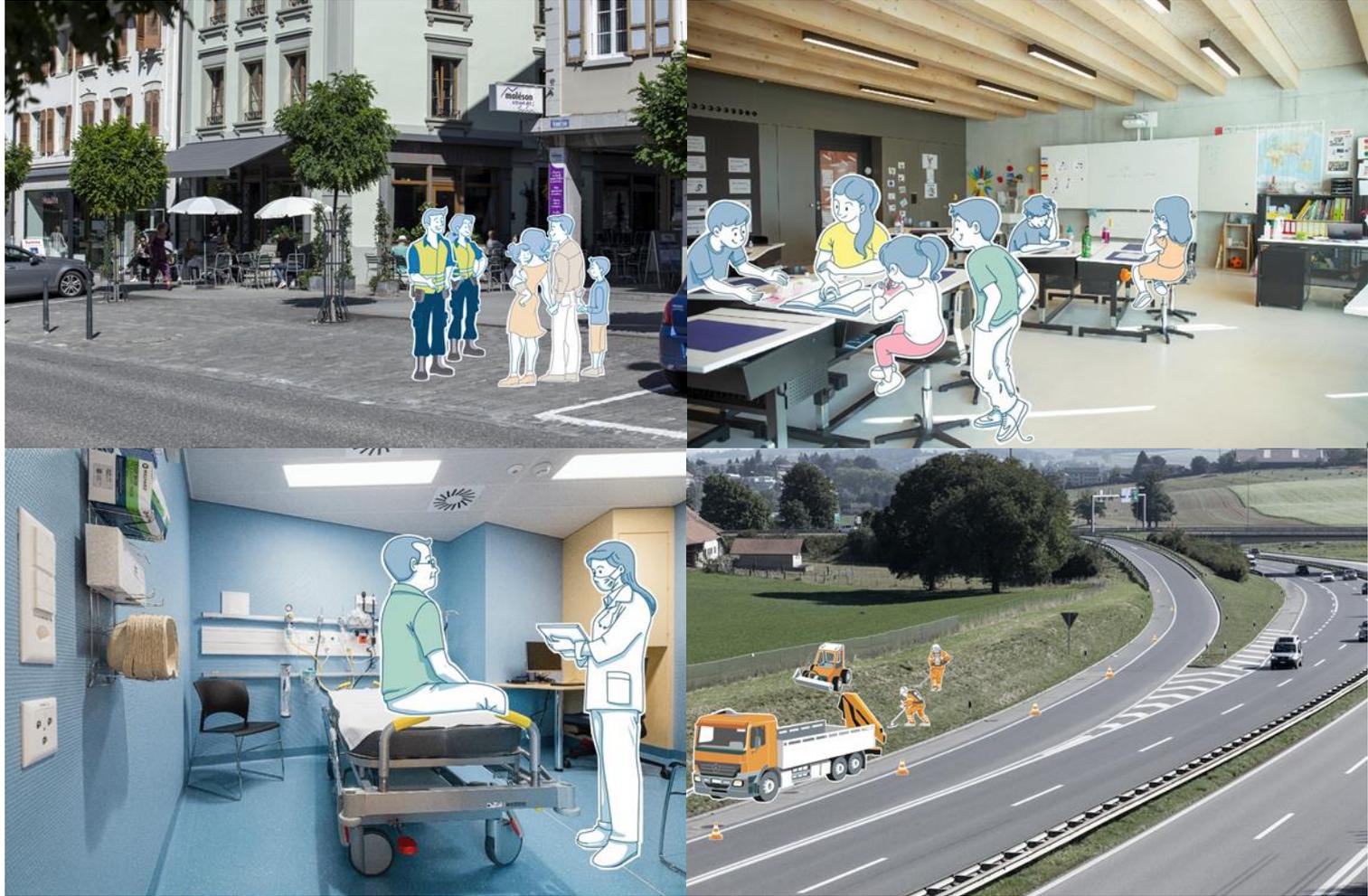
5. Bei einem Nein zur Reform



5. Bei einem Nein zur Reform

- Wird die Vorlage abgelehnt, so muss wie von der Aufsichtsbehörde der PKSPF schon gefordert ein neuer Finanzierungsplan vorgelegt werden, der zwingend am 1. Januar 2022 in Kraft treten muss.
- Eine technische Reform:
 - › ein Minimum an Übergangsmassnahmen
 - › Rentenkürzungen um möglicherweise über 25%

6. Fazit



6. Fazit

- Eine Ablehnung der Vorlage kann zu Personalengpässen in vielen Berufen im öffentlichen Dienst führen.
- Eine Ablehnung der Vorlage bedeutet, dass das strukturelle Finanzierungsdefizit die Finanzen der PKSPF in den kommenden Jahren weiter belastet. Letztlich sind es die Versicherten, die die Konsequenzen tragen werden.

6. Fazit

- Jetzt ist der beste Zeitpunkt für die Reform.
- Ergebnis eingehender Diskussionen mit den Sozialpartnern
- Ein guter Kompromiss im Interesse des öffentlichen Dienstes
- Ein Ja zur Reform ist ein Ja zu einem hochwertigen Service public für die ganze Freiburger Bevölkerung.

7. Fragen
